

# Garrelt Duin

## Ostfriesisch. Klar.

## Newsletter



Berlin, 2. Dezember 2011

[www.garreltduin.de](http://www.garreltduin.de)

Ausgabe 12/ 2011 I

## VW-Gesetz entschieden verteidigen

### Bundesregierung tritt in Brüssel schwach und uneinig auf

Die EU-Kommission klagt erneut vor dem Europäischen Gerichtshof gegen das VW-Gesetz. Sie sieht die so genannte Kapitalverkehrsfreiheit durch den 20-Prozent-Aktienanteil des Landes Niedersachsen eingeschränkt. Diese 20 Prozent sind mit einer Sperrminorität des Landes verbunden. Normalerweise greift eine Sperrminorität erst bei mehr als 25 Prozent.

Vor dem Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags er-

klärte der Parlamentarische Staatssekretär Ernst Burgbacher, FDP, für die Bundesregierung, dass sie die bestehende Rechtsposition vor Gericht „entschieden verteidigen“ werde.

Daraufhin bekannten sich alle Fraktionen zum VW-Gesetz - die einen mehr als die anderen. Die FDP rang sich zu einer verklausulierten Unterstützung durch, weil sie nicht gegen die Regierungs-Richtlinie verstoßen will. Sie ist grundsätzlich gegen Staatsbeteili-

gungen an Unternehmen.

SPD-Obmann Garrelt Duin erhielt auf seine Frage an den Staatssekretär, ob die Regierung vor dem Klagebeschluss bei der Kommission interveniert habe, keine klare Antwort. Hintergrund der Frage: Die Bundesregierung übt in Brüssel zu wenig Einfluss aus und tritt selten als Einheit auf. Beim VW-Gesetz wird es besonders deutlich. So dürfte Wirtschaftsminister Rösler, FDP, kaum eine Hand rühren für VW.

*Mein!*

Unsere Partei hat am 27. November einen weiteren wichtigen Schritt getan, Anfang 2013 die Regierung in Niedersachsen zu übernehmen. Die beiden Bewerber um die Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten stellten sich an sieben Abenden in Niedersachsen den Parteigenossen vor, ehe diese die Wahl hatten. Eine Mehrheit entschied sich für Stephan Weil aus Hannover, während Olaf Lies aus Sande knapp das Nachsehen hatte. Die weitaus meisten Parteifreunde in Ostfriesland hätten lieber Lies statt Weil vorne gesehen. Aber Ostfriesen sind gute Demokraten und akzeptieren das Votum der Genossen im Lande. Mehr noch: Wie ich sie kenne, werden sie jetzt solidarisch Stephan Weil unterstützen. Schließlich geht es nicht um Regionalpolitik, sondern um das ganze Bundesland. Und wie ich Stephan Weil kenne, wird er uns Ostfriesen eindrucksvoll deutlich machen, dass er nicht der Ministerpräsident „seiner“ Hannoveraner, sondern aller Niedersachsen und damit auch der Ostfriesen sein will.

## Zu Besuch in Berlin



Die deutsche Hauptstadt und das politische Geschehen hautnah erleben konnten in dieser Woche rund 40 Bürgerinnen und Bürger aus Ostfriesland, viele darunter aus Garrelt Duins Heimatgemeinde Hinte. Auf dem Programm standen neben dem Besuch des Reichstages u.a. das Bundesumweltministerium, das Willy-Brandt-Haus und das Alliierten-Museum in Dahlem. In der Adventszeit obligatorisch: Ein Glühwein auf einem der vielen Weihnachtsmärkte Berlins.

*Garrelt Duin*

# Die Finanzkrise aus Sicht der Sparkassen

Hessisch-thüringischer Sparkassenpräsident lässt kein gutes Haar an amerikanischen Rating-Agenturen

An Verschwörungstheorien glaubt Gerhard Glandke nicht. Aber merkwürdig kommt es dem Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen doch vor, dass die berühmtesten amerikanischen Rating-Agenturen Moody's und Standard & Poor's einen kleinen, aber weitgehend identischen Eigentümerkreis haben. Die beiden Agenturen bündeln „ökonomische Interessen, amerikanische Staatsinteressen und die Möglichkeit, daraus noch Profit zu schlagen“. Glandke spricht sich für eine europäische Rating-Agentur unter öffentlicher Aufsicht aus. Er referierte vor Wirtschaftspolitikern der SPD über die Finanz-, Wirtschafts- und Staats-

schuldenkrise aus Sparkassensicht. Spanisch, genauer griechisch kommt es Glandke auch vor, dass die Großbank Goldman Sachs einst Griechenland beim Euro-Beitritt beraten hat und jetzt synthetische Finanzprodukte gegen die Krise auflegt. Glandke, früher Oberbürgermeister der Stadt Offenbach, rechnete mit der Großfinanzwirtschaft ab, „die aus der Krise nicht gelernt“, zumindest keine Konsequenzen gezogen habe. Er lobte die Sparkassen über den grünen Klee, weil sie „nie den Bezug zum wirklichen Leben verloren“ hätten. Sie haben nach seiner Aussage in den letzten Jahren sogar mehr Kredite als vorher ausgegeben und so den Mittelstand gestützt.



Für Kunden der Sparkassen hat es bisher keine Kreditklemme gegeben, sagte der Präsident der Sparkassen- und Girozentrale Hessen-Thüringen, Gerhard Glandke, vor SPD-Wirtschaftspolitikern in Berlin. Garrelt Duin, der die Sitzung leitete, hört aufmerksam zu.

## Rohstoffe sichern

**SPD fordert umfassende Rohstoff-Strategie**

Die Versorgung mit Rohstoffen muss sicher sein, damit die Industrie überleben und gedeihen kann. Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium möchte die Rohstoffversorgung am liebsten der Industrie überlassen. Mit dieser Meinung setzen Minister Rösler und sein Vorgänger auf das falsche Pferd, denn ohne staatliche Hilfe wird die deutsche Industrie hinten herunterfallen. Ausnahmslos alle Regierungen in Industrieländern betreiben eine offensive Rohstoff-Politik, Arm in Arm mit der Wirtschaft.

Die Wirtschaftspolitik der SPD-Bundestagsfraktion unter Leitung von Garrelt Duin informierten sich jetzt über die Anforderungen der Industrie an eine sichere Rohstoffversorgung. Dr. Carsten Rol-

le, Abteilungsleiter Energie und Rohstoffe beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), trug vor. Weil Deutschland nur im Baubereich mit Kali, Natursteinen, Industriemineralen, Gips und Kalk über Rohstoffe verfügt, gilt es, „sehr dicke Bretter zu bohren“. NE-Metalle (Buntemetall), Eisen, Edelmetalle, Metalle der Seltenen Erden oder Edelsteine fehlen. Dummerweise liegen sie häufig in Staaten mit unsicheren oder diktatorischen Regierungen.

Rolle sagte, dass gerade der Rohstoffbedarf für Zukunftstechnologien wie Dünnschicht-Photovoltaik, Permanent-Magnete, Lasertechnik, Displays, Brennstoffzellen oder Katalyse wachse. Garrelt Duin: „Die Regierung muss endlich eine ressortübergreifende Rohstoff-Strategie vorlegen.“

## „Löschen statt Sperren“

**Kinderpornografie im Internet: Sperren bringt wenig**

„Löschen statt Sperren“ - das muss nach den Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion der Grundsatz für die Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet sein. Das geltende, aber von der Bundesregierung zeitlich befristete aufgehobene Gesetz baut auf Internetsperren.

Union und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, kinderpornografische Inhalte ein Jahr lang nicht zu sperren - weil Internetsperren nur wenig effektiv, ungenau und technisch leicht zu umgehen sind. Das Innenministerium hat das Bundeskriminalamt deshalb per Erlass aufgefordert, von der Sperrung kinderpornografischer Inhalte abzusehen, weil dies nichts bringt. Diese Aussetzung des Gesetzes ist jedoch verfassungswidrig und muss gesetzlich korrigiert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion möchte

deshalb Nägel mit Köpfen machen. Ihr Gesetzentwurf zielt auf die Aufhebung des Gesetzes. In dem Antrag fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für das Prinzip „Löschen statt Sperren“ einzusetzen - eine als wirksam anerkannte Methode.

In Zusammenarbeit mit Bundeskriminalamt, Beschwerdestellen und Selbstkontrolleinrichtungen muss die Löschung von Kinderpornografie auf ausländischen Servern vorangetrieben werden. Außerdem sollen effektive Bekämpfungsstrategien weiterentwickelt werden.

Garrelt Duin: „Der Schlüssel zum Erfolg sind technische und personelle Ausstattung von Polizeibehörden, Schwerpunkt- Staatsanwaltschaften sowie nationale und internationale Zusammenarbeit.“

# Industrie ist eine Basis für Wohlstand und Arbeit

Industriepolitische Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion stößt auf viel Zustimmung

Industriepolitik ist ein Markenkern der SPD. Aber die Industrie hat in der öffentlichen Debatte nicht den Stellenwert, den sie verdient. Dabei erwirtschaftet die Industrie ein Viertel der Wertschöpfung, außerdem ermöglicht sie viele Dienstleistungen. Der Industriepolitik wieder den ihr gebührenden Rang in der SPD und in der Gesellschaft einzuräumen, ist eine der wesentlichen Aufgaben von Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Im Auftrag von Fraktions-Chef Frank-Walter Steinmeier haben Duin und Fraktionsvize Hubertus Heil im Laufe dieses Jahres an einem Positionspapier gearbeitet. Es heißt „Industriepolitik ist Wachstumspolitik: Sozialdemokratische Politik für den Industriestandort Deutschland auf dem Weg in das Jahr 2020“. Es ist das Ergebnis von vielen Gesprächen mit Unternehmen aller Größen, auch aus Ostfriesland, Verbänden, Gewerkschaften und Wissenschaftlern. Gegenwärtig erfährt das Papier den Feinschliff, ehe es Anfang kommenden Jahres offiziell vorgestellt wird.

Das Industriepolitische Papier stößt bereits heute auf großes Interesse in der Wirtschaft. Das zeigt sich in Vorträgen und Debatten, bei denen Garrelt Duin die Schwerpunkte erläutert und zur Diskussion stellt. Wegen klarer



Wichtige Diskussionen bereits am frühen Morgen: Auf Einladung der Commerzbank sprach Garrelt Duin bei einem Frühstück über die industriepolitischen Positionen der SPD. Im Publikum saßen hochrangige Vertreter von Unternehmen und Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft. Das Bild zeigt Duin im Gespräch mit Heiner Herkenhoff, Beauftragter des Vorstandes, und Ilka Hartmann, Abteilungsleiterin im Berliner Verbindungsbüro der Commerzbank AG.

Aussagen stößt es auf eine überwiegend zustimmende Resonanz.

Ein Grund ist auch, dass die SPD die Partei ist, die sich entschieden gegen eine De-Industrialisierung Deutschlands wendet. Garrelt Duin: „Wir achten auch darauf, dass die so genannte Old Economy nicht gegen die Green Economy ausgespielt wird - nach dem Motto, wir sind die Guten und Reinen und ihr die Schmutzigen und Bösen.“

Deutschland braucht eine moderne Industrie als Fundament für

Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Duin: „Gerade auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich bisher gezeigt: Deutschland ist aufgrund seines starken industriellen Kerns besser gewappnet als andere Staaten.“

Eine starke Industrie ist die Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Sie steht vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Rohstoffverknappung, technologische Innovationen und demografischer Wandel. Mit Sorge beobachtet Duin, wie die

Bedeutung der Industrie und der Produktion immer stärker aus dem öffentlichen Bewusstsein gerät. Duin: „Viele scheinen nicht mehr zu wissen oder bestreiten sogar, dass die Leistungskraft der Industrie die Grundlage von Wohlstand und Beschäftigung ist.“ Im Papier geht es um Modernisierung, Investitionen, Fachkräfte, Innovationen, Energiewende, kleine und mittlere Unternehmen, Internationalisierung von Produktionsprozessen, Sozialpartnerschaft und Unternehmensführung und nicht zuletzt um ein neues Verständnis von Arbeitspolitik in der Industrie.

## Gegen braunen Terror

**Aber Bundesregierung kürzt Geld für politische Bildung**

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) fördert vor allem bei jungen Menschen das Demokratieverständnis und arbeitet vorbeugend gegen den Rechtsextremismus. Die Morde der braunen Zwickauer Terrorzelle zeigen, dass unsere Demokratie gerade jetzt auf eine starke politische Bildung angewiesen ist. Um so unverständlicher, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung

den Haushalt der Bundeszentrale um dreieinhalb Millionen Euro kürzen will. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, die Kürzung vollständig zurückzunehmen. Garrelt Duin: „Die Regierung spart mal wieder am falschen Ende.“ Die Bundeszentrale mit Sitz in Bonn und die von ihr geförderten Organisationen leisten politisch unabhängige und qualitativ hochwertige Arbeit.

## Barriere-Freiheit

**Grundrecht für Behinderte endlich umsetzen**

Die SPD-Bundestagsfraktion nennt Barrierefreiheit ein Grundrecht. Sie verlangt von der Bundesregierung, die UN-Behindertenrechts-Konvention komplett umzusetzen. Der bestehende Nationale Aktionsplan müsse mit handfesten Umsetzungs-Perspektiven ausgestattet werden. Barrierefreiheit gilt für den öffentlichen Personennahverkehr, für Bahn-, Luft- und Fuß-

verkehr. Sie muss auch im Tourismus, bei Baunormen und öffentlichen Gebäuden verwirklicht werden. Garrelt Duin: „Um die hohe Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter zu bekämpfen, brauchen wir gute Eingliederungshilfen am Arbeitsplatz.“ Bei allen Maßnahmen müssen Behinderte und ihre Verbände eingebunden werden - nach dem Grundsatz „Nichts über uns ohne uns.“

## Luftangriff

### Sondervotum der SPD

Die Regierungskoalition will den Luftangriff vom September 2009 in Afghanistan nicht sachgerecht, lückenlos und ungeschönt aufklären. Die SPD-Mitglieder des Kunduz-Untersuchungsausschusses haben deshalb ein Sondervotum zum Abschlussbericht abgegeben, um die zivilen Opfer und das bewusst offensive Vorgehen der Bundeswehr zu benennen.

Gleiches gilt für Probleme bei der Zusammenarbeit zwischen den Internationalen Truppen und bei Information und Kontrollen beim Militärischen Nachrichtenwesen. Die politische Verantwortung des Vorfalles trägt Verteidigungsminister a.D. Jung, die persönliche Verantwortung trägt Oberst Klein.

## Siebo Lottmann 60 Jahre in der SPD

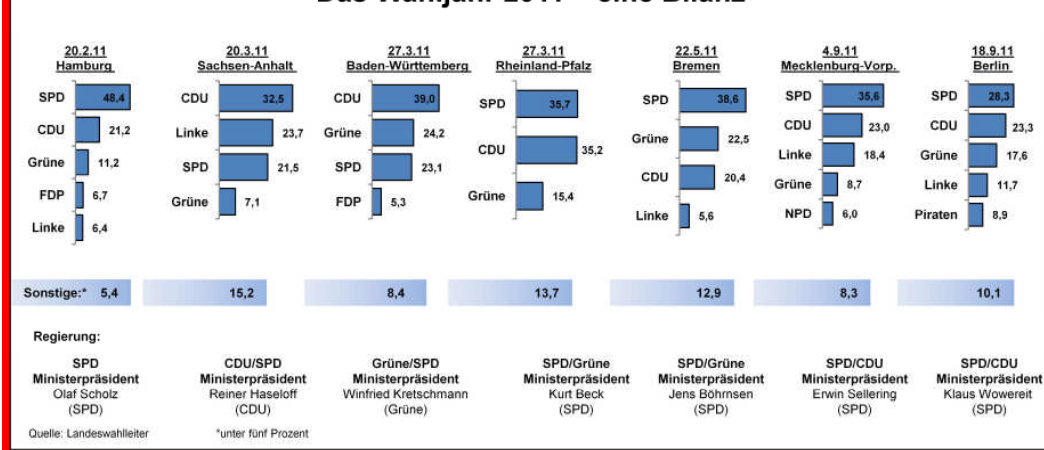


60 Jahre in Treue fest zur SPD: Dafür erhielt der 93-jährige Siebo Lottmann aus Norden die verdiente Ehrung. Garrelt Duin hielt die Festrede und zeichnete Lottmann und andere Jubilare gemeinsam mit Ortsvereinschefin Julia Feldmann und dem Stadtverbandsvorsitzenden Hans Forster aus. 40 Jahre Mitglied sind Hannelore Appel, Udi de Boer, Peter Hokema, Karl-Heinz Kasten, Bärbel und Harald Ortgies und Gunter Schuldt. 25 Jahre dabei sind Johanne Bent, Hans-Jürgen Holzenkämpfer, Hnrich Lüpkes, Brigitte Moneth und Arno Oldendörp. - Das Foto zeigt Jubilar Siebo Lottmann strahlend in der Mitte.

## Sieben Wahlen - siebenmal SPD

Erfolgreiche Sozialdemokraten in den Bundesländern / Olaf Scholz machte den Anfang

### Das Wahljahr 2011 – eine Bilanz



Im „Superwahljahr 2011“ gab es sieben Landtagswahlen. Die SPD steht in allen sieben Ländern in Regierungsverantwortung. Olaf Scholz eroberte Hamburg mit absoluter Mehrheit, Grüne und SPD stürzten die schwarz-gelbe Regierung in Baden-Württemberg. Jens Böhrnsen in Bremen, Erwin Sellering in Mecklenburg-Vorpommern und Klaus Wowereit in Berlin behaupteten ihre Ämter, die SPD in Sachsen-Anhalt blieb Juniorpartner in der Regierung.

### Spruch der Woche

„Wenn Europa ein Kreuzfahrtschiff wäre, dann würden wir Europäer schon alle längst kotzend an der Reling hängen, weil Frau Merkel jede Woche das Ruder runtreißt und in eine andere Richtung lenkt.“

Grünen-Chef Cem Özdemir auf der Bundesdelegiertenkonferenz seiner Partei in Kiel



### Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445  
garrelt.duin@bundestag.de | www.garreltduin.de

### Bildrechte

Eigene Aufnahmen, Frank Ossenbrink, Deutscher Bundestag, Jürgen Sendel/PICTUREBLIND, SPD-Planungsgruppe